



Für eine radikal gerechte, nachhaltige, demokratische und glückliche Gesellschaft

Die 3 sich gegenseitig stützenden Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung

(Automatisierte Übersetzung aus dem Englischen)

Wir bauen eine **Genossenschaft** für einen **tiefgreifenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandel** auf, wobei wir meinen, dass:

- wir die Wirtschaft, die Gesellschaft und das politische System tiefgreifend verändern;
- Wir sind als Genossenschaft tätig, die auf EU-Ebene unter dem Statut einer [Europäischen Genossenschaft](#) anerkannt ist.

Wir vereinen die Menschen, die auf **demokratische** Weise zusammenarbeiten und handeln - die **kooperieren** - auf der Ebene der **Europäischen Union**, um unsere Vision einer **gerechten, nachhaltigen und glücklichen Gesellschaft** des 21. Jahrhunderts, der [Gesellschaft der Vereinbarung](#), Wirklichkeit werden zu lassen.



Die Gesellschaft der Vereinbarung beruht auf **3 sich gegenseitig stützenden Säulen**:

1. **europaweite Demokratie**, in allen öffentlichen Institutionen und privaten Organisationen (Einigung der Menschen auf Entscheidungen);
2. **soziale Gerechtigkeit** und Vertrauen in die Zukunft für alle (Einigung der Menschen über die Verteilung der Ressourcen);
3. **ökologische Nachhaltigkeit mit** der Aussicht, die menschliche Zivilisation auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten und insbesondere: Treibhausgasemissionen unter Netto-Null (Übereinstimmung des Menschen mit den Gesetzen der Geo-Biosphäre, von der wir abhängen).

Was sind die 3 Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung? Warum sind sie miteinander verbunden und unterstützen sich gegenseitig? Warum sollten sie parallel verfolgt werden? Jede dieser Fragen wird im Folgenden ausführlicher beantwortet.



Inhaltsübersicht

| | |
|---|----|
| 1 Die 3 Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung..... | |
| 1.1 Gesamteuropäische Demokratie..... | |
| 1.2 Soziale Gerechtigkeit..... | |
| 1.3 Ökologische Nachhaltigkeit..... | |
| 1.4 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Frieden..... | |
| 2 Die 3 Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung unterstützen sich gegenseitig..... | |
| 3 Soziale Gerechtigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung, um eine langfristige, kooperative Lösung für die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts zu finden st Jahrhunderts..... | |
| 3.1 Menschen, die Stress und Angst ausgesetzt sind, sind kurzsichtig, egoistisch und aggressiv..... | |
| 3.2 Soziale Ungleichheit und Prekarität sind die Hauptursachen für Stress und Angst auf kollektiver Ebene..... | |
| 3.3 Soziale Gerechtigkeit ist das einzige Mittel, um die Menschen in eine vertrauensvolle und zuversichtliche Situation zu versetzen, in der sie langfristige, kooperative politische Vereinbarungen treffen..... | |
| 3.4 Soziale Gerechtigkeit ist darüber hinaus eine Voraussetzung für den sparsamen Konsum, der für die ökologische Nachhaltigkeit notwendig ist..... | |
| 4 Nur die gesamteuropäische Demokratie hat die politische Macht und Legitimität, um die umfassenden Vereinbarungen umzusetzen, die aufgrund der globalen Probleme des 21. st Jahrhunderts..... | 10 |
| 4.1 Die Zunahme des Umfangs der politischen Entscheidungsfindung ist ein historischer Trend, der mit dem zunehmenden Umfang der zu lösenden Probleme und der Notwendigkeit, Trittbrettfahrer zu vermeiden, zusammenhängt..... | 10 |
| 4.2 Die Nationalstaaten, ein Erbe aus dem 17. th Jahrhundert geerbt haben, handeln auf einer zu kleinen Ebene, um effektiv zu sein..... | 11 |
| 4.3 Souveräne Nationalstaaten, die in geheimen zwischenstaatlichen Verhandlungen verhandeln, sind die Negation der Demokratie..... | 12 |
| 4.4 Die Demokratie am Scheideweg: transnationale Demokratie oder nationalistische Diktatur..... | 12 |
| 4.5 Die Europäische Union ist der am weitesten fortgeschrittene Prototyp der transnationalen Demokratie..... | 14 |
| 4.6 Die gesamteuropäische Demokratie ist der erste Pfeiler der Gesellschaft der Vereinbarung..... | 17 |



1 Die 3 Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung

Die Gesellschaft der Vereinbarung beruht auf **3 sich gegenseitig stützenden Säulen**:

1. **europaweite Demokratie**, in allen öffentlichen Institutionen und privaten Organisationen (Einigung der Menschen auf Entscheidungen);
2. **soziale Gerechtigkeit** und Vertrauen in die Zukunft für alle (Einigung der Menschen über die Verteilung der Ressourcen);
3. **ökologische Nachhaltigkeit mit** der Aussicht, die menschliche Zivilisation auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten und insbesondere: Treibhausgasemissionen unter Netto-Null (Übereinstimmung des Menschen mit den Gesetzen der Geo-Biosphäre, von der wir abhängen).

Wir verstehen diese Begriffe wie folgt.

1.1 Paneuropäische Demokratie

Demokratie ist ein **Wert** an sich. Sie ist das politische System, das die **Menschenwürde** und die **Gleichheit** in den Entscheidungsprozessen verkörpert, die unsere gemeinsame Zukunft in öffentlichen Einrichtungen und privaten Organisationen bestimmen. Weil alle Menschen in ihren Rechten gleich sind, sind sie gleichermaßen legitimiert, sich an kollektiven Entscheidungen zu beteiligen. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sich an der Erarbeitung von Vorschlägen zu kollektiven Maßnahmen oder zur öffentlichen Politik, an deren Änderung und an deren Einordnung in eine Rangfolge zu beteiligen. Die Plattform der deliberativen Demokratie und das von der KosmoPolitische Genossenschaft verwendete Organisationsmodell sind an sich ein Versuch, die interne Demokratie im Softwarecode¹ und in menschenbasierten Verfahren zu verankern.

Die paneuropäische Demokratie ist eine Demokratie, die die Bürger vereint und über nationale, sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg agiert, und in der jeder Bürger an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen beteiligt ist, bis hin zu der Ebene, die groß genug ist, um die Weltordnung zu beeinflussen, nämlich der **Europäischen Union**. Wir glauben, dass dies möglich ist, weil das, was die Europäer eint, und die gemeinsamen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, größer sind als das, was sie trennt, und weil wir glauben, dass die Europäische Union trotz all ihrer Schwächen, die wir anerkennen, die erste bestehende transnationale demokratische Institution ist (mehr dazu § 4.5). Unser Ziel ist es, die Demokratie in allen privaten Organisationen und Unternehmen und auf allen Ebenen der öffentlichen Einrichtungen, von der Gemeinde bis zur Europäischen Union, umzusetzen.

1 Durch den Einsatz der freien, *kostenlosen* und quelloffenen Software für deliberative Demokratie namens KuneAgi: <http://www.kuneagi.org/english/fonctionscharacteristiquesen/69-democratieinterneen> und LiquidFeedback <http://www.liquidfeedback.org> und des Organisationsmodells, das unter <https://www.cOsmOpoliticalparty.org/OrgaModel> beschrieben wird



1.2 Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist eine Situation der **sozialen Sicherheit, des Zusammenhalts, der Inklusion** und der **Gleichheit**, in der die wirtschaftlichen Ungleichheiten beim Einkommen und beim ererbten Vermögen drastisch verringert worden sind, in der jeder Bürger die Gewissheit hat, dass er **in Würde** von seiner **Arbeit leben kann**, ein Leben lang, in einer **stabilen Beschäftigung** für diejenigen, die dies wünschen, sich **sicher** fühlt und **Vertrauen** in seine Zukunft und die seiner Kinder hat und daher bereit und in der Lage ist, wichtige Veränderungen in seinem Leben vorzunehmen.

1.3 Ökologische Nachhaltigkeit

Wir verstehen **ökologische Nachhaltigkeit** wie folgt. Es ist unsere Pflicht, allen Bewohnern der Erde **menschenwürdige Lebensbedingungen** zu gewährleisten, die mit der **Endlichkeit** aller biologischen, physikalischen und geologischen **Ressourcen**, die für eine menschliche Zivilisation notwendig sind, vereinbar sind, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, dasselbe über einen unbestimmt langen Zeitraum zu tun. Es handelt sich um ein Produktions- und Verbrauchsmodell, bei dem: (1) das Klima in einem stabilen Zustand gehalten wird (unter 1,5°C Erwärmung), der mit der langfristigen Erhaltung der landwirtschaftlichen Systeme, die die Menschheit ernähren, vereinbar ist, und bei dem somit die Netto-Treibhausgasemissionen unter Null liegen; (2) jede erneuerbare Ressource mit oder unter der Rate verwendet wird, mit der sie sich selbst regenerieren kann; (3) jede nicht erneuerbare Ressource mit oder unter der Rate verwendet wird, mit der ein erneuerbarer Ersatz entwickelt werden kann; und (4) jeder Verschmutzungsstrom mit oder unter der Rate emittiert wird, mit der er absorbiert oder unschädlich gemacht werden kann. Wir sind der Meinung, dass eine **Verbesserung der Lebensqualität** auch unter sehr strengen Auflagen für Energie- und Materialströme möglich ist. Diese Verbesserung beruht auf einer Steigerung der **Effizienz** bei der Nutzung aller Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Boden, Wasser, menschliche Arbeit, menschliche Fähigkeiten) durch die Anhäufung und Erhaltung aller Formen von produktivem und kulturellem Kapital (natürliche Regenerations- und Produktionskapazitäten der Biosphäre; menschliche Kompetenzen; menschliche Kultur; Infrastrukturen, Maschinen und Netzwerke; wissenschaftliches, technisches und institutionelles Wissen; Koordinationsfähigkeit; Institutionen, Gesetze, Vorschriften und Normen).

1.4 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Frieden

Neben diesen drei Hauptpfeilern sind die Merkmale der Gesellschaft der Vereinbarung, die wir in der Europäischen Union und weltweit anstreben, die folgenden:

1. **Die Menschenrechte**, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Vereinten Nationen² beschrieben sind, sind **allen Menschen** ohne Diskriminierung **gleichermaßen zugänglich** (Art. 1 und 2) - nicht aber Unternehmen - und umfassen **formale Rechte**, wie den Schutz des Lebens und der persönlichen Integrität (Art. 3, 4, 5), der Privatsphäre (Art. 12), den Schutz des Rechts (Art. 6 bis 11) und der Staatsangehörigkeit (Art. 13 und 15), die

² Herunterladbar in mehr als 500 Sprachen unter: <http://www.un.org/en/universal-declaration-human-rights/index.html>



Freizügigkeit innerhalb eines Staates und das Recht auf Asyl (Art. 13 und 14), das Recht auf Eheschließung (Art. 16), das Recht auf Eigentum in den Grenzen des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit (Art. 17), die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 18), die Meinungsfreiheit (Art. 19), die Vereinigungsfreiheit (Art. 20), Recht auf Demokratie (Art. 21), und **soziale und wirtschaftliche Rechte**, wie soziale Sicherheit (Art. 22), Recht auf Arbeit, auf ein angemessenes Entgelt und auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (Art. 23), auf Begrenzung der Arbeitszeit und auf regelmäßigen bezahlten Urlaub (Art. 24), auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 25), auf Bildung (Art. 26), auf Kultur und Wissenschaft (Art. 27).

2. **Rechtsstaatlichkeit.** Das Recht ist das einzige Instrument, das den Schwachen und Armen zur Verfügung steht, um ihre Rechte gegenüber den Reichen und Mächtigen zu verteidigen. Es muss für alle gleichermaßen gelten und zugänglich sein. Es muss allen Parteien gleichermaßen Rechtsschutzmöglichkeiten, Rechtssicherheit und die Vorhersehbarkeit von Rechtsentscheidungen bieten.
3. **Bildung.** Wir betrachten Bildung als das wesentliche Instrument für den Menschen, um sich von Unwissenheit, Vorurteilen, sozialen und ethnischen Determinismen und Unterdrückung zu befreien. Bildung vermittelt den Menschen die Fähigkeiten und das Wissen, sich individuell und kollektiv weiterzuentwickeln und anzupassen - was in einem Jahrhundert des massiven strukturellen Wandels von größter Bedeutung sein wird. Bildung ist auch das einzige wirklich unveräußerliche Gut des Menschen.
4. **Frieden**, zwischen Nationen, zwischen Mitgliedern der Gesellschaft und in uns selbst. Der Frieden kann nur Bestand haben, wenn Gerechtigkeit und Wahrheit herrschen.

2 Die 3 Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung unterstützen sich gegenseitig

Unserer Ansicht nach **unterstützen sich** diese drei Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung gegenseitig und sind eng **miteinander verknüpft**.

- Weder soziale Gerechtigkeit noch Demokratie sind in ökologisch nicht nachhaltigen Gesellschaften möglich. Kurzfristig sind die ersten Opfer der Umweltzerstörung die Armen, die gezwungen sind, an verschmutzten, lauten, isolierten und ungesunden Orten zu leben, die durch die nicht nachhaltigen individuellen und kollektiven Konsummuster der Reichen und der Mittelschicht entstanden sind. Längerfristig zerstört der Mangel an Nahrungsmitteln, Brennstoffen oder anderen materiellen Gütern, der durch nicht nachhaltige Lebensweisen verursacht wird, die Lebensgrundlage der gesamten Bevölkerung. Am Ende brechen solche Gesellschaften im furchtbaren Chaos eines Kampfes ums nackte Überleben zusammen³. Anders und brutaler ausgedrückt: Kein positiver gesellschaftlicher Wert wie soziale Gerechtigkeit oder Demokratie kann existieren,

3 Solche katastrophalen Szenarien eines zivilisatorischen Zusammenbruchs haben in der Vergangenheit bereits stattgefunden, wie Diamond, J. "[Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed](#)", Penguin Books, 2011.



wenn die menschliche Gesellschaft zerstört wird.

- Umgekehrt, wie weiter unten ausführlicher dargelegt (§ 3), kann keine ökologische Nachhaltigkeitsagenda in sozial ungerechten Gesellschaften umgesetzt werden. Dies liegt daran, dass Ungleichheiten und Unsicherheiten (1) soziale und politische Konflikte, (2) Kurzsichtigkeit und (3) protzigen Konsum hervorrufen, also genau das Gegenteil von dem, was für einen Übergang zur Nachhaltigkeit erforderlich ist. Unsere Argumentation lautet im Einzelnen wie folgt. Erstens: Der Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist ein grundlegender Wandel. Er verändert die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, er hat Auswirkungen auf unsere Kulturen und sogar auf unsere Träume für die Zukunft. Er erfordert eine Einigung über die Aufteilung der immensen Kosten, des Nutzens und der Risiken unter uns allen, rund um den Globus, in sehr kurzer Zeit. Dieses Maß an politischer Einigung unter Menschen guten Willens zu erreichen, ist an sich schon eine große Herausforderung. Sie wird unmöglich, wenn Wut, Frustration und Angst, die durch Ungleichheit und Unsicherheit entstehen, die Legitimität der demokratischen Institutionen (deren Ziel es ist, Konflikte friedlich zu lösen) in Frage stellen. Zweitens ist die Zukunft für Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, sehr begrenzt; manchmal geht es für sie sogar darum, von einem Tag auf den anderen Nahrung zu finden. Nachhaltigkeitsstrategien hingegen entwickeln sich über einen viel längeren Zeitraum - oft Jahrzehnte. Drittens: In ungleichen Gesellschaften konsumieren viele verschwenderisch und ostentativ⁴. Das ist rational: Es ist ein Versuch, anderen zu zeigen, dass die Person zu den Reichen und Mächtigen gehört, in einer Gesellschaft, in der nur sie (oder diejenigen, die sich dafür halten) sicher und geborgen sind, während die Armen und Schwachen mit Füßen getreten werden. Diese Zurschaustellung ist das Gegenteil des sparsamen Konsums, den wir für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft brauchen.
- Schließlich (wie in § 4 näher erläutert) 4) werden diese beiden tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Transformationen hin zu sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit (1) schwerwiegende Auswirkungen auf den konzentrierten Reichtum und die Macht der multinationalen Konzerne und der reichen und sehr reichen globalen Elite (die "1 %") haben und (2) politische Kompromisse in großem Maßstab zwischen sehr unterschiedlichen und dennoch legitimen Interessen erfordern, die selbst unter gutwilligen Partnern schwierig sein werden. Die Überwindung des Widerstands der globalen Oligarchie ist mit schwachen, zersplitterten politischen Mächten wie den europäischen Staaten allein unmöglich. Nur eine starke, demokratisch legitimierte und einheitliche Europäische Union verfügt über genügend Macht, um den multinationalen Konzernen und den reichsten 1 % ihre Entscheidungen aufzuzwingen. Nur eine wirklich transnationale Demokratie, für die die Europäische Union ein Prototyp ist, kann die politischen Vereinbarungen in großem Maßstab legitimieren, die notwendig sind, um die globalen Herausforderungen des 21.st Jahrhunderts erfolgreich zu bewältigen.

Aus all diesen Gründen bauen wir die drei Säulen der Gesellschaft der Vereinbarung, d. h. die

4 z. B. durch die sichtbare Darstellung der Luxusmarken ihrer Waren



gesamteuropäische Demokratie, die soziale Gerechtigkeit und die ökologische Nachhaltigkeit, **parallel** und untrennbar voneinander auf.

3 Soziale Gerechtigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Einigung auf eine langfristige, kooperative Lösung der globalen Probleme des 21. Jahrhunderts

Damit die globalen Probleme des 21.st Jahrhunderts erfolgreich bewältigt werden können, muss die Menschheit langfristige, kooperative politische Vereinbarungen treffen.

Die Menschen müssen jedoch geistig und psychisch bereit und fähig sein, sich auf die Diskussionen einzulassen, die zu solchen Vereinbarungen führen. Hierfür müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, die von der öffentlichen Politik gefördert werden können.

3.1 Menschen, die Stress und Angst ausgesetzt sind, sind kurzsichtig, egoistisch und aggressiv

Die menschliche Spezies teilt viele Merkmale mit anderen Tier-, Säugetier- und Primatenarten, mit denen wir auch einen Teil unserer Evolutionsgeschichte teilen. Wie andere Tiere und Säugetiere sind wir **Stress** und **Angst ausgesetzt**, was in unserem Gehirn ein bestimmtes Hormon, **Cortisol**, freisetzt. Cortisol hat zwei Wirkungen: (1) Kurzfristig steigert es die Aufmerksamkeit, erhöht den Herzrhythmus, stimuliert die Muskeln und macht den Körper generell bereit für schnelle Reaktionen (Flucht, Kampf) - schaltet aber auch alle Funktionen ab, die Energie verbrauchen, wie unser schweres, energiehungriges und spezifisch menschliches Gehirn (der Neokortex, der typischerweise 25 % der gesamten von uns verbrauchten Energie verbraucht); (2) längerfristig verringert eine dauerhafte Belastung mit hohen Cortisolwerten die intellektuellen Fähigkeiten und verursacht entzündliche Krankheiten (Bluthochdruck, viele Krebsarten).

Eine solche permanente Belastung durch Stress und Angst verändert das Verhalten und die Fähigkeiten von Menschen: Sie konzentrieren sich auf das Kurzfristige, ihr Vertrauen in andere nimmt ab, sie verlieren die Fähigkeit zu kooperativem Verhalten und werden aggressiver⁵.

3.2 Soziale Ungleichheiten und Prekarität sind die Hauptursachen für Stress und Angst auf kollektiver Ebene

Zwei soziale Faktoren tragen massiv zu Stress und Angst in der Gesellschaft bei: **soziale Ungleichheiten** und **Prekarität**.

Soziale Ungleichheiten erzeugen aus zwei Gründen Stress und Angst:

1. Sie korrumpieren die Beziehungen zwischen den Menschen, indem sie Macht- und Geldbeziehungen zwischen ihnen schaffen: Die Reicheren und Mächtigeren fürchten, um Hilfe oder Geld gebeten zu werden, die Ärmeren und weniger Mächtigen fürchten, verachtet, lächerlich gemacht und mit Füßen getreten zu werden.

⁵ K. Pickett, R. Wilkinson "[Die Wasserwaage - warum Gleichheit für alle besser ist](#)", Penguin Books, 2010



2. sie machen die Folgen von Versagen und Schwäche noch dramatischer. Ungleiche Gesellschaften bieten den Reichen und Mächtigen mehr Unterstützung (bessere Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen, einschließlich Gesundheit und Bildung, direkte Subventionen und Steuervergünstigungen) und den Armen und Schwachen weniger. Daher ist jeder Abstieg auf der sozialen Leiter doppelt dramatisch: (1) er hat die direkte Auswirkung, dass der eigene Lebensstandard sinkt, wie in jeder Gesellschaft; (2) er hat die zusätzliche Auswirkung, dass die von der Gesellschaft erhaltene Unterstützung sinkt (z. B. schlechtere Gesundheits- und Bildungsdienste), was sich mit der ersten, direkten Auswirkung kumuliert, um einen Druck nach unten aufzubauen, mit dem Risiko einer Abwärtsspirale, die in Obdachlosigkeit und absoluter Armut endet, für einen selbst oder die eigenen Kinder.

Infolgedessen befinden sich die Menschen in ungleichen Gesellschaften in einem permanenten Verteidigungsmodus gegenüber anderen, versuchen ständig, ihre soziale Position zu behaupten, und haben ständig Angst, zu versagen.

Prekarität ist fast ein Synonym für Stress und Angst. Wenn das Einkommen einer Person und damit ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft in sehr kurzen Zeiträumen (morgen, nächste Woche, nächster Monat) begrenzt ist oder massiven Schwankungen unterliegt, ohne dass sie Ersparnisse bilden kann, ist diese Person besorgt und ängstlich. Trotz aller ideologischen Reden, die das "Unternehmertum" und die Selbstständigkeit unterstützen (was allzu oft in die Selbstständigkeit mündet, wenn der Verkauf nicht anspringt), scheuen arme Menschen massiv das Risiko und suchen aus sehr guten Gründen eine stabile Beschäftigung in großen Unternehmen oder im öffentlichen Dienst⁶.

3.3 Soziale Gerechtigkeit ist das einzige Mittel, um die Menschen in eine vertrauensvolle und zuversichtliche Situation zu versetzen, in der sie langfristige, kooperative politische Vereinbarungen treffen können.

Die Menschheit muss umfassende, langfristige und kooperative politische Vereinbarungen treffen, um eine der wichtigsten globalen Fragen des 21.st Jahrhunderts zu lösen. Wenn sie unter Stress und Angst stehen und daher kurzfristig, egoistisch und aggressiv sind, sind keinerlei Fortschritte zu erwarten.

Um diese Vereinbarungen zu erreichen, müssen sie sich gegenseitig vertrauen und ausreichend Vertrauen in ihre langfristige persönliche Zukunft haben, um bis dahin zu warten und die Vorteile der heute eingegangenen Kompromisse zu nutzen.

Nur durch die Beseitigung der kollektiven Stress- und Angstquellen, d. h. der sozialen Ungleichheiten und der Prekarität, kann die Politik die Menschen in eine zuversichtliche und vertrauensvolle Situation versetzen, die es ihnen ermöglicht, langfristige politische Vereinbarungen mit einer angemessenen Erfolgswahrscheinlichkeit zu diskutieren.

⁶ A. Banerjee, E. Duflo "Poor Economics: A Radical Rethinking of the Way to Fight Global Poverty", PublicAffairs, 2011. ISBN 978-1-58648-798-0



3.4 Soziale Gerechtigkeit ist darüber hinaus eine Voraussetzung für den sparsamen Konsum, der für die ökologische Nachhaltigkeit notwendig ist.

In ungleichen Gesellschaften ist es von entscheidender Bedeutung, als Angehöriger der Klasse der Reichen und Mächtigen zu erscheinen. Die Zugehörigkeit zu dieser Klasse ist in der Tat das einzige Mittel, um respektiert und geschützt zu werden, wenn es keine Regulierung gibt oder wenn die Regulierung und die administrativen, polizeilichen und gerichtlichen Verfahren einseitig diejenigen begünstigen, die über die finanziellen Mittel verfügen, um kostspielige und komplexe Prozesse zu bezahlen.

In großen, hauptsächlich städtischen Gemeinden, in denen der größte Teil der heutigen Bevölkerung lebt und in denen sich die Menschen nicht persönlich kennen, ist das einzige Mittel, seine Zugehörigkeit zur Klasse der Reichen und Mächtigen zu zeigen, der **protzige Konsum**. Der Kauf und die Zurschaustellung von Luxusgütern mit großen Marken, der Urlaub in teuren Hotels an abgelegenen Urlaubsorten in Übersee oder das Wohnen in überdimensionierten und übermöblierten Häusern in Vierteln mit geringer Bevölkerungsdichte sind alles Mittel, um anderen zu zeigen, dass man zur herrschenden Klasse gehört - und um sich dessen zu vergewissern. Dies ist ein mächtiger Motor für übermäßigen Konsum, der weit über jede Form vernünftiger "Bedürfnisse" hinausgeht.

Die Vorteile des übermäßigen Konsums in ungleichen Gesellschaften sind so groß, dass ein großer Teil der Bevölkerung sogar vorgibt, ein höheres Einkommen zu haben, als es tatsächlich der Fall ist - und damit eine zusätzliche Schicht von Stress und Angst erzeugt, indem er unverhältnismäßig hohe persönliche Kreditverbindlichkeiten eingeht.

In einer gleichberechtigten Gesellschaft verschwindet dieser Motor des Überkonsums. Es gibt weder die Motivation noch die Möglichkeit (wegen der Einkommensgleichheit), sich durch den eigenen Konsum sozial überlegen zu zeigen. Erst dann wird eine **genügsame** Lebensweise für die gesamte Bevölkerung möglich. Diese Genügsamkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Menschheit ihr Konsumniveau an die von der Biosphäre zur Verfügung gestellten Ressourcen anpasst und damit das erste der von uns identifizierten globalen Probleme überwindet.

Der Abschluss langfristiger, kooperativer politischer Vereinbarungen und ein sparsamer Konsum sind zwei Voraussetzungen, um gemeinsam die globalen Probleme des 21.st Jahrhunderts zu bewältigen. Beides ist nur mit **sozialer Gerechtigkeit** möglich, d.h. mit einer gleichberechtigten und sicheren Gesellschaft für alle, in der alle Menschen absolutes Vertrauen in ihre persönliche Zukunft und in die ihrer Kinder haben und in der die sozialen Beziehungen zwischen Gleichen entspannt, höflich und freundlich sind. Deshalb ist **soziale Gerechtigkeit die zweite Säule** der Gesellschaft der Vereinbarung, die im Jahr **2040** erreicht werden soll.



4 Nur die gesamteuropäische Demokratie verfügt über die politische Macht und Legitimität, um die weitreichenden Vereinbarungen umzusetzen, die aufgrund der globalen Probleme des 21. Jahrhunderts erforderlich sind.

4.1 Die Zunahme des Umfangs der politischen Entscheidungsfindung ist ein historischer Trend, der mit der Zunahme der zu lösenden Probleme und der Notwendigkeit, Trittbrettfahrer zu vermeiden, zusammenhängt

Die Zunahme des **Umfangs politischer Entscheidungen** ist ein **historischer Trend**, der mit den kleinen Gruppen von Jägern und Sammlern begann, aus denen wir alle hervorgegangen sind.

Der erste Grund dafür ist die **Vermeidung von Gewalt** bei der Lösung von Konflikten, um sich auf eine gerechtere und berechenbarere **Rechtsordnung zu stützen**. Diese Konflikte treten immer dann auf, wenn souveräne Einheiten (Individuen, Stämme, griechische Gemeinwesen, feudale Fürstentümer, moderne Nationalstaaten) zusammenkommen, um gemeinsame Probleme oder Fragen zu lösen. Auf der einen Seite möchte jede Einheit frei von jeglichen Verpflichtungen und Verboten bleiben und ihre Rechte, Freiheiten und ihre Ehre unangetastet lassen. Andererseits bedeutet die Verallgemeinerung dieses Verhaltens auf alle Entitäten, dass sie uneingeschränkte **Gewalt** gegeneinander ausüben. Der Frieden ist ein zerbrechlicher Zustand, der ständig durch die kleinste Provokation bedroht ist und erst nach mühsamen und blutigen Zyklen von Racheakten und Vergeltungsmaßnahmen schmerzhaft wiederhergestellt wird⁷. Im Allgemeinen haben kleinere Einheiten nach schmerzhaften und langwierigen Konflikten einen Teil ihrer Souveränität an größere Einheiten abgegeben, wo ihre Rechte, Pflichten und Verbote durch die **Rechtsstaatlichkeit** geschützt und durchgesetzt werden und nicht durch die Brutalität dessen, was die klassischen europäischen Philosophen den "Naturzustand" nannten. Die vorletzte Gelegenheit, bei der dies in Europa geschah, war das Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618 - 1648), der allein in Deutschland 5 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte. Die daraus resultierenden Friedensverträge, die so genannten Westfälischen Verträge, begründeten die Ordnung souveräner Nationalstaaten, in der wir auch heute noch leben.

Der zweite Grund für die Zunahme des Umfangs der politischen Entscheidungsfindung ist die allgemeine Regel, dass **politische Maßnahmen** (d. h. Regulierung, Besteuerung oder öffentliche Ausgaben) nur dann **wirksam sein können**, wenn sie auf der **geografischen Ebene** erfolgen, auf der die zugrunde liegenden **Phänomene** wirken, z. B. auf der Ebene eines städtischen Gebiets, um sein Abwassersystem zu verwalten, auf der Ebene eines regionalen Arbeitsmarkts, um die Lehrpläne der beruflichen Bildung zu verwalten, auf der Ebene eines Sprachraums, um Literatur, Theater und Kino zu fördern, auf der Ebene einer Währungsunion, um die Zinssätze und das makroökonomische Gleichgewicht zu verwalten, auf der Ebene der ganzen Welt, um globale öffentliche Güter wie das Klima, die finanzielle Stabilität, das Internet und den Frieden zu

⁷ Diamond, J.: "The World Until Yesterday: What Can We Learn from Traditional Societies?", Viking Books, New York, 2012 - http://www.jareddiamond.org/Jared_Diamond/The_World_Until_Yesterday.html



verwalten.

Wenn die geografische Reichweite politischer Maßnahmen kleiner ist als die des Themas, kann keine politische Instanz wirksam darauf reagieren. Die privaten Akteure, die die politischen Instanzen zu regulieren oder zu besteuern versuchen, spielen diese politischen Instanzen in einem Wettlauf nach unten gegeneinander aus. Die politischen Instanzen spielen Trittbrettfahrertaktiken gegeneinander aus, wenn öffentliche Ausgaben erforderlich sind oder gemeinsame Verpflichtungen erfüllt werden müssen, wobei jeder von den anderen erwartet, dass sie sich anstrengen, mit dem Ergebnis, dass keine Anstrengungen unternommen werden, oder zu wenig und zu spät.

4.2 Die Nationalstaaten, ein Erbe des 17. Jahrhunderts, agieren in einem zu kleinen Maßstab, um effektiv zu sein

Die politischen Institutionen, mit denen wir kollektiv arbeiten, sind seit den Westfälischen Verträgen von 1648, die den Dreißigjährigen Krieg beendeten, im Wesentlichen **unverändert geblieben**. Die grundlegende Einheit ist der **souveräne Nationalstaat**, der von Thomas Hobbes in seinem "Leviathan" (1651, überarbeitet 1668) theoretisiert wurde. Die wenigen bemerkenswerten Ausnahmen sind supranationale Institutionen, die nach den Blutbädern der beiden Weltkriege 1914-1945 geschaffen wurden: die Europäische Union, auf die wir später eingehen werden (S.15), und das viel schwächere internationale Rechtssystem der Vereinten Nationen.

Im System des souveränen Nationalstaates hat jeder Nationalstaat die ausschließliche Autorität über sein eigenes Volk und sein eigenes Territorium und organisiert seine Entscheidungsprozesse intern, manchmal demokratisch, allzu oft aber auch nicht. Der Nationalstaat war der bevorzugte Rahmen und Maßstab für die Errichtung der gut funktionierenden politischen und sozialen Demokratien der 1950er und 1960er Jahre in Westeuropa. Er war der Maßstab, auf dem die (starke) Regulierung der Wirtschaftsakteure sowie die (massive) Solidarität, die Umverteilung und die wirtschaftlichen Transfers zwischen Regionen und sozialen Klassen etabliert wurden.

stWie wir oben gesehen haben, ist das **Ausmaß der Probleme**, die für das 21. Jahrhundert gelten, **unwiderruflich weit über das Ausmaß des Nationalstaates hinausgewachsen, und zwar** aufgrund der **globalen gegenseitigen Abhängigkeiten**, die auf den oben beschriebenen technologischen und wissenschaftlichen Entwicklungen seit den 1960er Jahren beruhen.

Infolge der oben genannten allgemeinen Regel (S.11), sind **Nationalstaaten unwirksam** geworden, wenn sie versuchen, auf Phänomene einzuwirken, die sich in einem größeren Maßstab abspielen als ihre Wählerschaft, wie die globalen Probleme des 21.st Jahrhunderts. Diese **Diskrepanz zwischen dem** derzeitigen geografischen Maßstab des politischen Handelns und der Demokratie (der Nationalstaat) und dem Maßstab, auf dem sich die zugrunde liegenden Phänomene abspielen (auf kontinentaler oder globaler Ebene), hat zu einem allgemeinen (und oft berechtigten) Gefühl der **politischen Entmachtung** geführt. Die Menschen haben das Gefühl, dass sie die **Kontrolle** über die Entscheidungen, die ihre **kollektive Zukunft** bestimmen, **verloren haben**.



Dieses Gefühl wird durch die Tatsache verstärkt, dass die Notlösung, die die Nationalstaaten zur Bewältigung dieser großen Probleme bei gleichzeitiger Wahrung ihrer nationalen Souveränität gewählt haben, nämlich **zwischenstaatliche Verhandlungen, die Negierung der Demokratie** ist. Diese Negierung der Demokratie ist zu Beginn des 21.st Jahrhunderts besonders problematisch, in einer Zeit, in der der **Anstieg des Bildungsniveaus** die Nachfrage nach politischer Partizipation erhöht und die **Demokratie** zur einzigen **legitimen** Form der **politischen Entscheidungsfindung** macht - zumindest in Europa.

4.3 Souveräne Nationalstaaten, die in geheimen zwischenstaatlichen Verhandlungen verhandeln, sind die Negation der Demokratie

Wie wir oben gesehen haben, werden Fragen, die über den Rahmen des Nationalstaates hinausgehen, (wenn überhaupt) durch **zwischenstaatliche Verhandlungen** geregelt, d.h. durch das geheime Zusammenwirken offizieller Vertreter dieser Nationalstaaten (z.B. im Rahmen der Vereinten Nationen). Bei diesen zwischenstaatlichen Verhandlungen trägt keine Partei eine globale Verantwortung für das Gemeinwohl. Alle haben das enge Mandat, für ihre Wählerschaft zu verhandeln, und nur für diese. Da die nationale Souveränität als absolut angesehen wird, unterliegt die Entscheidungsfindung den Regeln der **Einstimmigkeit**, und die Durchsetzung von Entscheidungen beruht im Wesentlichen auf dem **Druck von Gleichgesinnten** und der öffentlichen Meinung (wobei davon ausgegangen wird, dass diese öffentliche Meinung frei von politischer Unterdrückung und von Manipulation durch Unternehmen ist). Dies führt zu **Undurchsichtigkeit, Ohnmacht** und **mangelnder Rechenschaftspflicht**. Wenn "Demokratie" "die Macht des Volkes" bedeutet, dann ist die **zwischenstaatliche Verhandlung die Negation der Demokratie**: Sie hat keine Macht, und das bisschen Macht, das sie hat, entzieht sich der Kontrolle durch das Volk. Dies konnte zu Zeiten, als es um dynastische Streitigkeiten zwischen Mitgliedern königlicher Familien ging, akzeptabel sein. Heute ist es nicht mehr akzeptabel, wenn die geografische Dimension fast aller Fragen die Grenzen der Nationalstaaten überschreitet und die Entscheidungen mit den größten Auswirkungen genau in diesen geheimen zwischenstaatlichen Verhandlungen getroffen werden.

Innerhalb des Nationalstaates kann die Demokratie existieren, trotz der Vorhersagen vieler konservativer politischer Theoretiker des 19.th Jahrhunderts, dass sie nur in der Größenordnung funktionieren kann, in der sie zuvor erprobt wurde, nämlich in der des griechischen Gemeinwesens im 5th Jahrhundert vor Christus. Die Tatsache, dass jeder einzelne Nationalstaat, der an einer zwischenstaatlichen Verhandlung teilnimmt, demokratisch gewählt wird, bedeutet jedoch nicht, dass die zwischenstaatliche Verhandlung selbst demokratisch ist. Die Mängel der Undurchsichtigkeit, der Machtlosigkeit und der mangelnden Rechenschaftspflicht bleiben bestehen - wie uns die Diskussionen des Europäischen Rates, in dem die Staats- und Regierungschefs der EU zusammenkommen, um "allgemeine politische Richtungen" festzulegen, ohne jedoch gesetzgeberische Befugnisse zu haben⁸, und des weniger öffentlichkeitswirksamen Rates der Europäischen Union, in dem die Minister auf technischer Ebene zusammenkommen, um im Dialog

⁸ Vertrag über die Europäische Union, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:12012M/TXT&from=EN>, Art. 15.1



mit dem Europäischen Parlament politische Entscheidungen zu treffen, jedes Quartal schmerzlich in Erinnerung rufen.

4.4 Die Demokratie am Scheideweg: transnationale Demokratie oder nationalistische Diktatur

Wir können die aktuelle Situation in einer 2x2-Matrix zusammenfassen.

| Der Ort der Macht / Umfang der Maßnahmen | Geballte Macht: Oligarchie | Verteilte Macht: Demokratie |
|--|---|---|
| Größer als ein Nationalstaat | 2 - Globale Oligarchie: nicht rechenschaftspflichtige zwischenstaatliche Verhandlungen + multinationale Konzerne + die sehr Reichen | 4 - Transnationale Demokratie |
| Nationalstaat und darunter | 3 - Nationalistisch Diktatur | 1 - Nationale Demokratie in den 1960er Jahren |

Die letzten 50 Jahre haben uns von Platz 1, der **nationalen Demokratie der 1960er Jahre**, mit einer starken Regulierung und großzügigen Umverteilung auf nationaler Ebene, von der viele noch immer nostalgisch schwärmen, immer mehr zu Platz 2, der **globalen Oligarchie**, geführt, in der eine kleine Gruppe von Personen und Akteuren über dem Gesetz steht, sich ihrer Verantwortung und ihren Pflichten entzieht und Entscheidungen außerhalb jeder Rechenschaftspflicht, öffentlichen Prüfung oder demokratischen Kontrolle trifft: Staatsvertreter in zwischenstaatlichen Verhandlungen, Vorstandsmitglieder in multinationalen Unternehmen, Mitglieder einiger "technischer" Gremien, deren Entscheidungen einen enormen Einfluss auf das Wirtschafts- und Finanzsystem haben (z. B. der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht⁹, das International Accounting Standards Board¹⁰), die sehr Reichen (die berühmten "1 %") und die obszön Reichen (die Milliardäre).

Unsere Gesellschaften scheinen sich dieser Entwicklung, die oft als "Globalisierung" bezeichnet wird, allmählich bewusst geworden zu sein.

Sie scheinen nun zwischen zwei Möglichkeiten zu schwanken¹¹.

Eine mögliche Entwicklung geht in Richtung des dritten Platzes, der **nationalistischen Diktatur**, in einem verzweifelten Versuch, unter der autoritären Herrschaft eines phallokratischen Führers **zur nationalen Souveränität der 1960er Jahre zurückzukehren**, um den Preis jeglicher demokratischer Freiheit. Dieser Versuch ist ein verhängnisvoller **politischer und moralischer Rückschritt**. Er ist auch eine eklatante **Lüge**: Die multinationalen Konzerne, die heute die

9 <https://www.bis.org/bcbs/>

10 <https://www.iasplus.com/en/resources/ifrsf/iasb-ifs-ic/iasb>

11 Diese Analyse steht im Einklang mit dem Konzept des "Trilemmas der Weltwirtschaft" des Harvard-Ökonomen Dani Rodrik, demzufolge es unmöglich ist, gleichzeitig wirtschaftliche Integration, Demokratie und nationale Souveränität zu haben: http://rodrik.typepad.com/dani_rodriks_weblog/2007/06/the-inescapable.html



politischen Entscheidungen beeinflussen, handeln noch leichter als zuvor, wenn alle demokratischen Institutionen, die das Regierungshandeln kontrollieren, abgebaut sind. Ein Diktator und seine Clique sind hinter verschlossenen Türen leichter zu korrumpieren als ein ganzes demokratisches politisches System, das der öffentlichen Kontrolle unterliegt. Der immense Reichtum aller Diktatoren ist ein Beweis dafür, dass jede Rede von "Sauberkeit" aufgrund persönlicher Tugenden eine Lüge ist, wenn sie nicht durch demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit gestützt wird. Die nationalistische Diktatur ist auch technisch **zum Scheitern verurteilt**, wenn sie den Anspruch erhebt, die Souveränität wiederzuerlangen: Die oben beschriebenen globalen Abhängigkeiten werden nicht durch die Kraft des menschlichen Willens verschwinden, und die zugrundeliegenden Ströme können an einigen Stellen unterbrochen, aber nicht beseitigt werden. Darüber hinaus bleiben nationale Regierungen, wie "stark" auch immer die Person (meist ein Mann) an ihrer Spitze sein mag, fatal schwach gegenüber der Erpressung durch multinationale Konzerne, die damit drohen, ihren Standort zu verlagern, wenn ihre Forderungen nach weniger Unternehmenssteuern und weniger Regulierung nicht erfüllt werden. Nationalistische Diktaturen schließlich versprechen Wohlstand für das Volk. Sie enden in **zerstörerischen Kriegen**, unter denen zuerst das Volk leidet, das sie zu schützen vorgeben - wie die Menschheit im dunklen 20th Jahrhundert bitter erfahren musste.

Die andere mögliche Entwicklung ist die Schaffung einer Demokratie in einem größeren Maßstab als dem des Nationalstaates, die **transnationale Demokratie** im Quadrat 4.

Eine transnationale Demokratie **vereint die Bürger** und handelt **über nationale, sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg**. Ihre Institutionen sind **demokratisch** und auf einer **supranationalen Ebene** aufgebaut. Gewählte Beamte haben das Mandat, im Interesse der gesamten Gemeinschaft der Bürger zu handeln, die verwaltet werden, unabhängig von ihrer Nationalität, Sprache oder Kultur. Demokratische Debatten richten sich gegen unterschiedliche politische Ansichten, nicht gegen kulturelle oder nationale Unterschiede. Sie führen zu politischen Vereinbarungen und Entscheidungen auf einer Ebene, die groß genug ist, um öffentliche Maßnahmen wirksam werden zu lassen, und die über genügend **politische Macht und Legitimität** verfügt, um den Widerstand der wirtschaftlichen Interessen von multinationalen Unternehmen oder der Oligarchie der globalen Reichen und Superreichen zu überwinden. Die getroffenen Entscheidungen sind **legitim** und werden durch die Macht des **Gesetzes durchgesetzt**. Die transnationale Demokratie überwindet somit die Schwächen, die Ineffizienz und die Illegitimität zwischenstaatlicher Verhandlungen und die Ohnmacht einzelner Nationalstaaten, die wir oben dargelegt haben.

Die [Institutionen der Europäischen Union](#) und insbesondere die [Europäische Kommission](#) und das [Europäische Parlament](#) sind trotz all ihrer Schwächen bis heute die fortschrittlichsten und am weitesten entwickelten Prototypen einer transnationalen Demokratie auf dem Maßstab eines einzigen Kontinents.

4.5 Die Europäische Union ist der am weitesten fortgeschrittene Prototyp einer transnationalen Demokratie

Im Jahr 2018 gibt es nur eine einzige transnationale demokratische Institution, die in der Lage ist,



von den Nationalstaaten gemeinsam getroffene Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen: die **Europäische Union**. Sie ist der einzige Ort, an dem sich eine **transnationale Demokratie** herauszubilden begonnen hat.

Diese Institution hat viele Schwächen und ist weit davon entfernt, perfekt zu sein. Unserer Meinung nach ist der viel kritisierte Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht hauptsächlich in einer der gesetzgebenden Institutionen zu suchen, und zwar in einer einzigen: dem **Rat der Europäischen Union**, d.h. der zwischenstaatlichen Zusammenkunft der Mitgliedstaaten auf Ministerebene. Diese Institution reproduziert und verewigt die undemokratischen Mängel der zwischenstaatlichen Verhandlungen, wie sie unter¹² beschrieben sind. Die Tatsache, dass die meisten seiner Beschlüsse (die im Rahmen des "ordentlichen" Gesetzgebungsverfahrens, bei dem der Rat gleichberechtigt mit dem Parlament handelt) mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden, überwindet die traditionelle Schwäche der zwischenstaatlichen Verhandlungen, nämlich das Erfordernis der Einstimmigkeit und das sich daraus ergebende Vetorecht eines jeden teilnehmenden Nationalstaates. Für einige wesentliche Entscheidungen ist jedoch weiterhin Einstimmigkeit erforderlich: einige Aspekte der Sozialpolitik (Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, soziale Sicherheit, Sozialschutz¹³), Steuern (Umweltsteuern¹⁴, indirekte Steuern¹⁵, Mittel für den Haushalt der Union¹⁶), einige Aspekte des Handels (Dienstleistungen, geistiges Eigentum, ausländische Direktinvestitionen, kulturelle und audiovisuelle Güter, soziale Bildungs- und Gesundheitsdienste¹⁷). Ebenso sind einige wesentliche Elemente der Harmonisierung zwischen den Mitgliedstaaten in den Verträgen ausdrücklich ausgeschlossen: *"steuerliche Bestimmungen, [...] die Bestimmungen über die Freizügigkeit [und] die Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer"*¹⁸.

Der viel zitierte **Europäische Rat**, der die Staats- und Regierungschefs zu regelmäßigen "europäischen Gipfeltreffen" versammelt und die Aufgabe hat, nach den Europawahlen den Kommissionspräsidenten vorzuschlagen (der dann vom neu gewählten Parlament bestätigt werden muss) und *"allgemeine politische Richtungen und Prioritäten"* für die Entwicklung der Union festzulegen, wobei er über institutionelle, aber keine legislativen Befugnisse verfügt¹⁹, weist dieselben Merkmale der Undurchsichtigkeit und Schwäche auf, die durch das Vetorecht eines

12 Wie Transparency International <https://transparency.eu/space-egg/> hervorhebt, *"ist der Rat nach wie vor das am wenigsten transparente Organ der EU. [...] Wir wissen wenig darüber, wer was im Namen welcher Regierung sagt. [...] Der Rat ist ein schwarzes Loch in der EU-Entscheidungsfindung und liegt in Sachen Transparenz, Rechenschaftspflicht und Offenheit weit hinter den anderen Institutionen zurück. Bis zur Schlussabstimmung, wenn alle Geschäfte abgeschlossen sind, kann man nicht sehen, welche Regierungen welche Themen fördern oder blockieren. Es gibt nur wenige öffentliche Sitzungen und keine Abstimmungsprotokolle."* und durch die im März 2017 vom offiziellen Europäischen Bürgerbeauftragten eingeleitete Untersuchung zur "Transparenz der legislativen Arbeit des Rates": <https://www.ombudsman.europa.eu/en/cases/caseopened.faces/en/75850/html.bookmark>

13 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, abrufbar unter

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:12012E/TXT&from=EN>. Art. 21.3, und 153.2

14 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 192.2 und 194.3

15 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 113

16 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 311

17 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 207.4

18 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 114.2

19 Vertrag über die Europäische Union, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:12012M/TXT&from=EN>. Art. 15.1



jeden Mitgliedstaates verursacht werden. Dieses Vetorecht ist entweder explizit, wenn die Verträge Einstimmigkeit vorschreiben, oder implizit, weil die Beschlüsse im "Konsens" gefasst werden²⁰, wobei es keine klare Regel gibt, um den Widerstand eines oder einiger weniger Mitgliedstaaten zu überwinden.

Trotz dieser Schwächen weisen die Institutionen der Europäischen Union bemerkenswerte Merkmale einer **transnationalen Demokratie** auf: (1) sie setzen die wesentlichen Elemente einer parlamentarischen Zweikammerdemokratie um, und (2) diese Demokratie ist in vielerlei Hinsicht transnational.

Die Europäische Union funktioniert sehr ähnlich wie eine **parlamentarische Zweikammerdemokratie**. Ihr Vokabular kann jedoch verwirrend sein und verdient es, in der folgenden Tabelle, die die Entsprechungen der Institutionen der Europäischen Union in den nationalen parlamentarischen Demokratien aufführt, erläutert zu werden.

²⁰ Vertrag über die Europäische Union, Art. 15.4



| Art der Einrichtung | Beispiele in nationalen parlamentarischen Demokratien | Bezeichnung bei den Organen der Europäischen Union |
|--|---|--|
| Staatsoberhaupt | Präsident, Monarch | Der Europäische Rat, der aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten besteht |
| Regierungschef | Premierminister, Bundeskanzler | Präsident der Europäischen Kommission |
| Regierung, Verwaltung der Exekutivgewalt | Regierung | Europäische Kommission |
| Parlamentarisches Unterhaus, das das Volk direkt vertritt | Nationalversammlung, <i>Bundestag</i> , Abgeordnetenversammlung | Europäisches Parlament |
| Parlamentarisches Oberhaus, das die Gebiete vertritt, die das gesamte Staatswesen bilden | Senat, <i>Bundesrat</i> | Rat der Europäischen Union, der die nationalen Minister versammelt |
| Gesetzgebung | Gesetze | <ul style="list-style-type: none">• Verordnungen (gelten unmittelbar für alle Mitgliedstaaten)• Richtlinien (die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen) |

Wenn man sich dieses Vokabular vor Augen hält, funktioniert die Europäische Union ähnlich wie eine **parlamentarische Zweikammerdemokratie**:

- Der Regierungschef (der Präsident der Europäischen Kommission) wird vom Staatsoberhaupt (dem Europäischen Rat) nach dem Ergebnis der Wahlen zum Unterhaus (dem Europäischen Parlament) vorgeschlagen und muss dann von diesem neu gewählten Unterhaus²¹ bestätigt werden. Die jüngste Praxis, die von der 2014 gewählten Juncker-Kommission eingeführt wurde, hat diese demokratische Logik vertieft: Der vom Europäischen Rat nominierte Kommissionspräsident war der Kandidat, der von der größten Fraktion im Parlament nach der Wahl unterstützt wurde, gemäß einem System, das in Deutschland als *Spitzenkandidat*²² bekannt ist.
- Der Regierungschef (der Präsident der Kommission) stellt dann sein Team zusammen, die Gesamregierung (Europäische Kommission)²³. Die Gesamregierung muss dann vom

21 Vertrag über die Europäische Union, Art. 14

22 Dies geschah, weil das Europäische Parlament (einschließlich der anderen Fraktionen als derjenigen, die die meisten Sitze errungen hatte) dem Europäischen Rat sehr deutlich zu verstehen gab, dass es keinen anderen Kandidaten als den *Spitzenkandidaten* der siegreichen Fraktion für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission akzeptieren würde.

23 Unter starken - und unglücklichen - Einschränkungen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Mitglieder der Kommission (Vertrag über die Europäische Union, Art. 17.5 und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen



Unterhaus des Parlaments (Europäisches Parlament)²⁴ ein Vertrauensvotum erhalten.

- Das Unterhaus des Parlaments (das Europäische Parlament) kontrolliert die Regierung (die Kommission) und kann sie durch einen Misstrauensantrag absetzen²⁵.
- Das Ober- und Unterhaus des Parlaments (bzw. der Rat und das Europäische Parlament) definieren und kontrollieren den Haushalt²⁶.
- Die meisten Gesetze (Verordnungen und Richtlinien) werden im Einvernehmen zwischen dem Ober- und Unterhaus des Parlaments (bzw. dem mit qualifizierter Mehrheit arbeitenden Rat und dem Europäischen Parlament) verabschiedet²⁷.

Diese parlamentarische Zweikammerdemokratie funktioniert in vielerlei Hinsicht **länderübergreifend**:

- Die Europäische Kommission hat den Auftrag, für das **Gemeinwohl der gesamten Union** (ihr "*allgemeines Interesse*") zu handeln²⁸. Den Kommissionsmitgliedern ist es ausdrücklich untersagt, Weisungen von ihrer nationalen Regierung einzuholen oder entgegenzunehmen²⁹.
- Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) werden nach ihren **politischen Präferenzen und Interessen**³⁰ und nicht nach ihrer Nationalität³¹ gruppiert und stimmen³² ab.
- **Die Mitgliedstaaten** unterliegen der **Rechtsstaatlichkeit** und der richterlichen Gewalt des Europäischen Gerichtshofs³³, wie jede juristische oder natürliche Person. Sie sind nicht die absoluten, unabhängigen Souveräne, die sie im internationalen System der Nationalstaaten, das aus den westfälischen Verträgen des 17.th Jahrhunderts hervorgegangen ist, wären.

Union, Art. 244).

24 Vertrag über die Europäische Union, Art. 17.7

25 Vertrag über die Europäische Union, Art. 17.8

26 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 311 bis 319.

27 Im Rahmen des "ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens", das im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 294. Die anderen Gesetze in den oben beschriebenen begrenzten, aber wichtigen Bereichen werden im Rahmen eines "besonderen Gesetzgebungsverfahrens" erlassen, in dem der Rat allein und einstimmig entscheidet.

28 Vertrag über die Europäische Union, Art. 17.1

29 Vertrag über die Europäische Union, Art. 17.3

30 D.Frantescu "Values topple nationality in the European Parliament", European View, Juni 2015, Band 14, Ausgabe 1, S. 101-110, zugänglich unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12290-015-0349-3/fulltext.html>

31 Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art. 32.2, abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+RULES-EP+20170116+RULE-032+DOC+XML+V0//EN&navigationBar=YES>

32 Diese Entwicklung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Da die Wahlen zum Europäischen Parlament auf nationaler Ebene stattfinden und es bis zur Gründung der KosmoPolitische Genossenschaft keine politische Organisation für die gesamte Europäische Union gab, werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments als Mitglieder ihrer nationalen politischen Partei gewählt. Infolgedessen sind die Fraktionen im Parlament bisher eher Koalitionen nationaler Parteien als Ausdruck einer einzigen, EU-weiten politischen Organisation. Eines der Ziele der KosmoPolitische Genossenschaft ist es, eine politische Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden, die aufgrund ihrer einheitlichen Entscheidungsfindung auf EU-Ebene eine noch nie dagewesene Kohäsion aufweist.

33 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 258 bis 260



Aus all diesen Gründen unterstützen wir die Auffassung, dass die Europäische Union der erste und am weitesten entwickelte **Prototyp** einer **transnationalen Demokratie** ist.

4.6 Die gesamteuropäische Demokratie ist der erste Pfeiler der Gesellschaft der Vereinbarung

Die Menschheit steht vor der Aufgabe, in einem **legitimen**, d.h. **demokratischen** Prozess die zahlreichen politischen Vereinbarungen zu treffen, die für die globalen und hochwichtigen Fragen des 21.st Jahrhunderts erforderlich sind, und zwar in einem noch nie dagewesenen Ausmaß für die ganze Welt.

Wir sind uns der Schwierigkeit dieses Unterfangens voll bewusst, denn es bedeutet, dass Vereinbarungen zwischen Interessengruppen getroffen werden müssen, die (1) enormen inter- und intra-nationalen **Ungleichheiten** in Bezug auf Einkommen, Wohlstand, Bildung, Gesundheit, politisches Empowerment und Zugang zu Ressourcen und Kommunikationsnetzen unterliegen, (2) durch nationale, sprachliche und kulturelle **Grenzen** getrennt sind, (3) **zeitlich** getrennt sind, zwischen uns und zukünftigen Generationen, und (4) nach **Rechten** getrennt sind, zwischen Menschen und nicht-menschlichen Wesen (z.B. der Biosphäre).

Die Überwindung sozialer Ungleichheiten ist das Ziel der zweiten Säule der Verständigungsgesellschaft (vgl. § 3). Die CosmoPolitische Genossenschaft hat ihre eigenen Überlegungen und ihre eigene Politik in Bezug auf sprachliche Unterschiede. Das Eintreten für nicht-menschliche Wesen oder ungeborene Menschen ist bereits das Ziel sehr aktiver und effektiver politischer Akteure und NGOs. Aus diesem Grund glauben wir, dass die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der transnationalen Demokratie, obwohl sie wichtig sind, überwunden werden können.

Unserer Ansicht nach ist eine **transnationale Demokratie**, d.h. eine Demokratie, die über die nationalen Grenzen hinausgeht, die einzige Möglichkeit, um kollektive Entscheidungen in dem Umfang zu treffen, der durch die Entwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über unseren Planeten und der technischen Netze, die die Menschen miteinander verbinden, erforderlich wird. Nur so können die Institutionen sicherstellen, dass den legitimen Ansprüchen aller Rechnung getragen wird. Nur so können die legitimen politischen Vereinbarungen getroffen werden, die notwendig sind, um die globalen Herausforderungen des 21.st Jahrhunderts zu bewältigen und sie auch gegen den Willen der mächtigen Wirtschafts- und Finanzmächte umzusetzen. **Es ist der einzige Weg nach vorn.**

Diese Agenda ist äußerst ehrgeizig.

Wir sind daher der Meinung, dass sich die transnationale Demokratie zunächst dort entwickeln muss, wo sie bereits am weitesten fortgeschritten ist: in der **Europäischen Union**. Dies erklärt, warum die **paneuropäische Demokratie**, d.h. die transnationale Demokratie im Maßstab der Europäischen Union, die **erste Säule** der Gesellschaft der Vereinbarung ist, die im Jahr **2030** erreicht werden soll.